ALTERNATIVE SÜDWEST

Zeitung der AfD Baden-Württemberg

29. Oktober 2021 | Ausgabe Nr. 15 Information | Meinung

Foto: © Deutscher Bundestag / Fotograf Achim Melde

Die konstituierende Sitzung des Wahlprüfungsausschusses des Deutschen Bundestages am 1. März 2018

Der Wahlprüfungsausschuss und die Bundestagswahl vom 26.09.2021

Der Bundestag führt Wahlprüfungen durch – und ist damit Richter in eigener Sache

THOMAS SEITZ, KAPPEL-GRAFENHAUSEN

Anders als noch in der Weimarer Republik gibt es kein Wahlprüfungsgericht, sondern erfolgt die Wahlprüfung durch den Bundestag selbst (Art. 41 GG). Auch wenn noch Beschwerde zum Bundesverfassungsgericht eingelegt werden kann, verstößt die Zuständigkeit des Bundestages für die Überprüfung seiner eigenen Wahl klar gegen den Grundsatz, dass niemand Richter in eigener Sache sein darf.

Vorbereitet wird die Entscheidung des Bundestags durch den Wahlprüfungsausschuss (WPA). Seine justizähnliche Funktion bedingt Unterschiede zu anderen Ausschüssen: Die Zahl der Mitglieder ist gesetzlich bestimmt und die gewählten Mitglieder können von den Fraktionen nicht abberufen werden. Es geht bei seiner Arbeit nicht um politische Vorlieben, sondern um konkrete Rechtsanwendung. Besonderheit: Der Einwand, das Wahlgesetz selbst sei verfassungswidrig, kann nicht berücksichtigt werden, weil diese Frage allein das Bundesverfassungsgericht prüfen darf.

Aktuell ist dies von besonderer Bedeutung: Während der Anteil der Briefwähler bis 2005 noch unter 20 % lag, ist er 2021 geradezu explodiert auf 47,3 % und lag in zwei Bundesländern sogar über 60 %. Der bisherigen Begründung für die Zulässigkeit der Briefwahl ist damit jede Grundlage entzogen. Wenn ein Großteil der Wähler über einen wochenlangen Zeitraum wählt, wird das Prinzip des Wahltags ad absurdum geführt. Von der Urnenwahl als Regelfall kann nicht mehr die Rede sein und das Demokratieprinzip ist verletzt. Alle darauf gestützten Einsprüche werden aus dem eingangs genannten Grund jedoch erfolglos bleiben. Wie staatstragend anschließend das Bundesverfassungsgericht entscheidet, bleibt abzuwarten.

> ***Das Prinzip des Wahltags wird durch den hohen Briefwähleranteil obsolet***

Fortsetzung auf Seite 2

IN DIESER AUSGABE

Bundespolitik 1 – 2
WPA | Unternehmergespräche

Landespolitik 3 – 4
Verkehrspolitik | Kuratorium der lpb

Aufgeklärt! 5
„Klimaschutz“-Politik | Wasserstoff

Bücher & Meinung 6 – 7
Buchrezension | „Hatespeech“ | „Neger“

Schönes Baden-Württemberg 8

Fortsetzung von Seite 1

Der WPA prüft, ob geltend gemachte Wahlfehler tatsächlich vorliegen und sich auf die Zusammensetzung des Bundestages ausgewirkt haben (Mandatsrelevanz). Die Hürde liegt sehr hoch, da ein einzelner Wahlfehler fast nie zur Mandatsrelevanz führt.

Die Wahlprüfung ist damit leider ein stumpfes Schwert. Dazu trägt bei, dass es kaum möglich ist, Zugang zu Wahlunterlagen zu bekommen. Erst mit deren konkreter Überprüfung ließe sich häufig ermitteln, was es für einen erfolgreichen Einspruch braucht. Statistische Auffälligkeiten genügen dagegen nicht.

Nach einer Vielzahl von Presseberichten über Unregelmäßigkeiten wird es sicherlich zahlreiche Einsprüche gegen die Wahl in Berlin geben. Im Fokus steht der Wahlkreis 86 Berlin-Lichtenberg. Entfiele dieses Direktmandat für die LINKE, wäre diese wegen Unterschreitung der Fünf-Prozent-Hürde lediglich noch mit zwei direkt gewählten Abgeordneten im Bundestag vertreten und hätte nicht mit 39 Abgeordneten sogar Fraktionsstärke. Leider ist der Vorsprung der bislang gewählten Kandidatin Gesine Lötsch mit über 8.000 Erststimmen sehr hoch und kamen gerade aus Lichtenberg nur relativ wenige Berichte über Missstände.

Thomas Seitz MdB ist Obmann im Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung und Abgeordneter für den Wahlkreis Emmendingen-Lahr

Unternehmer suchen das Gespräch

Jetzt trägt jahrelange Wahlkreisarbeit Früchte

Jürgen Braun, Waiblingen

Der Winnender Wirtschaftsdialog „forumW“ ist ein neues Veranstaltungsformat in meinem Wahlkreis, das für lokale Unternehmer das Netzwerken fördern soll. Als Veranstaltungsort dient das Auditorium der Firma Kärcher, dem Weltmarktführer in der Reinigungstechnik und herausragender Arbeitgeber der Region.

Mit großer Freude folgte ich im Oktober der Einladung. Markus Gürne, Ressortleiter der ARD-Börsenredaktion, hielt den Impulsvortrag „Die neue Weltordnung nach Corona“.

Es ist schon eine kleine Sensation, wenn der sich sonst eher im Hintergrund haltende Firmeneigentümer Johannes Kärcher an dieser Veranstaltung persönlich teilnimmt. Johannes Kärcher ist bekennender Christ und hat keinerlei Berührungsängste mit mir als MdB aus dem Wahlkreis. Er kam auf mich zu und wir führten ein ausführliches Gespräch. Er zeigte sich als gut informierter und vielseitig gebildeter Mann, der seine Verantwortung weit über sein großes Familienunternehmen hinaus ernst nimmt. Ein überaus erfolgreicher Abend, der mir wieder gezeigt hat, wie wichtig die Gespräche mit dem kleinen und großen Mittelstand sind, die ich seit Jahren führe. Unsere politischen Ansichten und Projekte vertrete ich auch regelmäßig im Politischen Beirat des Bundesverbands mittelständische Wirtschaft (BVMW).

Vor der Bundestagswahl nahm ich auch an der großen Podiumsdiskussion des Verbands der Selbstständigen (VdS) Winnenden teil. Der VdS praktiziert seit Jahren einen offenen und konstruktiven Dialog mit allen politischen Akteuren. Das erlebten wir in beiden Landtags- und Bundestagswahlkämpfen. Die Politkriminellen der „Antifa“ riefen öffentlich zum Protest gegen meine Teilnahme an der VdS-Podiumsdiskussion auf. Der Verband hat sich vom linksextremen Geschrei jedoch nicht beirren lassen.

Der VdS hat sich von der Antifa nicht beirren lassen

Unaufgeregt, aber bestimmt unsere politischen Positionen zu vertreten, das ist der erfolgreiche Weg für unsere AfD. Dazu gehört die persönliche Außendarstellung bei Unternehmen, Vereinen und Verbänden. Diesen Stil werde ich bei meiner politischen Arbeit weiterhin pflegen.

Jürgen Braun MdB ist Obmann im Auschuss für Menschenrechte im Deutschen Bundestag

Im Gespräch mit dem Unternehmer Johannes Kärcher

LANDESPOLITIK

Foot: privat

Höchstpreise für Sprit: für viele Pendler ein Desaster, für die Grünen ein willkommenes Mittel zur Verhaltensmanipulation

Tempolimit, Bürgerdressur und Steuerverschwendung

Die grüne Verkehrspolitik sieht den Bürger als manipulierbaren Untertan

Miguel Klauß, Calw

Im Juli 2008 kostete das Barrel Öl 143,95$ und der Benzinpreis lag deutlich unter den heutigen Werten. Heute kostet das Barrel Öl nur mehr 85$ und die Spritkosten schießen in die Höhe. Dieses „Wunder" lässt sich mit immer neuen Steuern und Abgaben erklären. In anderen Ländern zahlt man deutlich weniger. In Tschechien hat die Regierung wegen der stark gestiegener Energiepreise sogar beschlossen, die Umsatzsteuer auf Strom und Gas im November und Dezember nicht zu erheben.

Können sich individuelle Mobilität schon bald nur noch die Wähler von Grünen und FDP aus den Villenvierteln leisten, während für den Normalbürger nur völlig überfüllte Busse und Bahnen bleiben? Individuelle Mobilität muss bezahlbar bleiben. Wir von der AfD sprechen uns für eine an den Bedürfnissen der Bürger orientierte Verkehrspolitik aus.

Eine weitere grüne Nebelkerze zündete der Verkehrsminister mit der Behauptung, ein Tempolimit auf Autobahnen führe zu mehr Sicherheit. Die meisten Verkehrstoten und Verletzten gibt es jedoch auf Landstraßen und da gilt schon ein Tempolimit! Das liegt nach Einschätzung des ADAC auch daran, dass Landstraßen oft nicht gut ausgebaut und sanierungsbedürftig sind. Es fehlt an Fahrbahnmarkierungen und an der Ausbesserung von Straßenschäden. Statt in immer neue Verbotsfantasien sollte für mehr Sicherheit daher mehr in die Erforschung innovativer Sicherheitstechnik und die Sanierung der Straßen investiert werden.

Bratwürste fürs Impfen, Brezeln fürs Fahrradfahren

Die Grünen wollen auch mit einer Art Bürgerdressur das Verkehrsverhalten manipulieren. Das Verkehrsministerium Baden-Württemberg gibt tatsächlich 72.945 Euro für Brezeln aus im Rahmen einer Aktion, die einen Anreiz für die Nutzung des Fahrrads setzen sollte. Wer mit dem Fahrradhelm in eine teilnehmende Bäckerei ging, konnte eine Brezel gratis erhalten. Diese Aktion ist eine Absage an den mündigen Bürger.

Die Grünen wollen das Auto aus Baden-Württemberg vertreiben – mitsamt hunderttausenden Arbeitsplätze. Und der Koalitionspartner CDU unterstützt das auch noch!

Bratwürste und Döner fürs Impfen und Brezeln fürs Fahrradfahren – der Bürger wird nicht als mündig, sondern als dressierbar angesehen. Das ist ein Bild von Untertanen und nicht von freien Menschen.

Viele Pendler sind auf das Auto angewiesen. Unser Wohlstand in Baden-Württemberg beruht auf der Autoindustrie und ihren Zulieferern, und nicht auf der Fahrradindustrie in Bangladesch. Beenden wir die grünlinke Bevormundung!

Miguel Klauß MdL ist verkehrspolitischer Sprecher der AfD-Landtagsfraktion

Foto: Sven Geschinski

Affenzirkus im Plenarsaal

Die Kartellparteien verweigern uns grundlos Sitze im Kuratorium der Landeszentrale für politische Bildung

ANTON BARON, HOHENLOHE

Affenzirkus! So bezeichnete ich kürzlich am Rednerpult das, was dort im Plenarsaal aufgeführt wurde. Dieses Wort beschreibt treffend, was aus dem Landtag geworden ist. Grund war diesmal wieder das undemokratische Verhalten der Kartellparteien, die – wie trotzige Kinder in der Schule – heimlich ein Bündnis geschlossen hatten, nur um sich einmal mehr moralisch überlegen zu fühlen. Natürlich ging es gegen unsere Fraktion, andere Themen scheinen Grüne, CDU, SPD und FDP nicht mehr zu haben.

Man will uns also den Einzug ins Kuratorium der Landeszentrale für politische Bildung verweigern. Unsere Kandidaten Daniel Lindenschmid und Hans-Peter Hörner seien nicht würdig und überhaupt hätte die AfD dort nichts zu suchen. Ulrich Sckerl wurde besonders pathetisch: Nur „echte Demokraten" dürfen Teil einer „überparteilichen Bildungseinrichtung" sein, „die Politik praktisch und lebensnah vermittelt". Wenn man unsere Fraktion, die einzige echte Opposition im Landtag, ausschließt, kann von Lebensnähe keine Rede sein. Von Demokratie noch weniger.

Überhaupt hatte ich an diesem Tag den Eindruck, dass dieses Drama ein Marketingtrick der anderen Parteien sein soll. Die Koalitionsverhandlungen laufen auf Bundesebene, da muss man sich wohl anbiedern. Medienwirksam wird gezeigt, dass man bereit ist, die Demokratie zu opfern, wenn man ein paar Posten im Bundestag abgreifen kann. Denn anders ist es nicht zu erklären, dass vor fünf Jahren sogar drei unserer Landtagsabgeordneten in die Landeszentrale gewählt wurden – ohne Aufschrei und ohne künstliche Aufregung.

Es sind solche Vorgänge, die den politischen Ablauf stören. Es sind solche Blockaden, die unserem Land nachhaltigen Schaden zufügen. Es ist die angeblich „dringend nötige Brandmauer" der Altparteien, die zu Politikverdrossenheit und zu einer Angreifbarkeit unserer ohnehin fragilen Demokratie führt. Ein Kurs beim Demokratiezentrum wäre hilfreich, um nicht bis zum Sankt-Nimmerleinstag das unwürdige Trauerspiel der Wahlwiederholung spielen zu müssen.

> ***Vor fünf Jahren wurden AfD-Abgeordnete ohne Aufschrei ins lpb-Kuratorium gewählt***

Wie weit sich die vermeintlichen Verfechter der Demokratie tatsächlich von jeglicher Moral verabschiedet haben, zeigte der Grüne Ulrich Sckerl. Wutentbrannt warf er mit Beleidigungen um sich, bis ausgerechnet ihm das Wort „Brunnenvergifter" entfuhr. Beleidigungen sind nichts Neues für uns. Dass sich ein Grüner nun aber antisemitischer Begrifflichkeiten bedient, zeigt, wer das wahre Problem in diesem Land ist: die Verharmloser. Deren Maske der Moral immer weiter bröckelt.

Anton Baron MdL ist parlamentarischer Geschäftsführer der AfD-Fraktion

AUFGEKLÄRT!

Irrweg „Klimaschutz“-Politik

Eine Argumentationshilfe

Martin Kriechbaum, Karlsruhe

Wenn AfD-Politiker in Interviews zu den klimapolitischen Lösungsvorstellungen der AfD befragt werden, argumentieren sie häufig, dass die These von der menschengemachten Erderwärmung wissenschaftlich umstritten sei. Oft ist damit die Diskussion beendet und der Interviewpartner kann lächelnd bestätigt finden, bei AfD-Politikern handle es sich zumeist um „Klimawandel-Leugner“. Leider berauben sich AfD-Politiker damit der Chance, die Mängel der „Klimaschutzpolitik“ des politischen Gegners näher zu beleuchten.

Mit folgenden Argumenten kann man die Schwächen der derzeitigen „Klimaschutzpolitik“ offenlegen:

Defizite der „Energiewende“

(1) Mit dem beschlossenen und bereits weitgehend vollzogenen Atomausstieg und dem Ausbau von Windkraft und Photovoltaik wurde eine grundlastfähige, kostengünstige und klimaneutrale Technik der Stromerzeugung durch eine volatile und unwirtschaftliche Technik ersetzt. Wenn demnächst auch die Kohlekraftwerke abgeschaltet werden, fehlt eine grundlastfähige Stromerzeugungstechnik, denn das Problem der Stromerzeugung während einer Dunkelflaute wurde noch nicht befriedigend gelöst.

(2) Durch die Förderung der ineffizienten erneuerbaren Energien müssen die Stromverbraucher der Bundesrepublik bereits heute die höchsten Strompreise aller EU-Staaten zahlen.

(3) Aufgrund der schrittweisen Stilllegung von Atomkraftwerken seit 2011 und dem Weiterbetrieb der Kohlekraftwerke fällt die Bilanz bei der Vermeidung von CO_2-Emissionen schlechter aus als bei einer Alternativstrategie, bei der man die Laufzeiten der AKW hätte verlängern und die Kohleverstromung parallel zum Ausbau der erneuerbaren Energien hätte reduzieren können.

Geringer Anteil der CO_2-Emissionen der Bundesrepublik

In der bundesdeutschen Debatte über den Klimaschutz wird gerne ausgeblendet, dass der Anteil der BRD an den weltweiten CO_2-Emissionen nur bei zirka zwei Prozent liegt. Wer nur zwei Prozent der Emissionen verursacht, kann nicht mehr als zwei Prozent vermeiden. Der Schlüssel zu einer spürbaren Reduktion der weltweiten CO_2-Emissionen liegt in China und in anderen Schwellenstaaten.

Beurteilung der Atomenergie im internationalen Diskurs

Außerhalb der Bundesrepublik wird die Atomenergie längst als ein wesentlicher Beitrag zur klimaneutralen Stromerzeugung angesehen. So präsentierte die Internationale Energieagentur (IEA) bereits im Juni 2021 einen Fahrplan für eine karbonfreie Energieerzeugung bis 2050, in dem für 2021 – 2030 weltweit ein jährlicher Ausbau der Atomkraft um 17 GW (zirka 12 – 15 AKW) und ab 2031 um 24 GW (zirka 17 – 20 AKW) gefordert wird (IEA, NetZero by 2050, Paris 2021). Mit der Energiewende hat sich die Bundesrepublik Deutschland somit keineswegs zum energiepolitischen Pionier, sondern zum Geisterfahrer entwickelt.

Lassen Sie uns deshalb dieses Thema auch nach der Bundestagswahl faktenbasiert und mutig angehen.

Martin Kriechbaum ist Mitglied im KV Karlsruhe und Diplom-Volkswirt im Bereich des Controlling

Die „Farben“ von Wasserstoff

Grüner Farbcode

Dr. Uwe Hellstern, Freudenstadt

Noch vor der Sommerpause brachte die grünschwarze Landesregierung ihre Novelle zum Klimaschutzgesetz ein, die es für uns Bürger in sich hat. Ab Mai 2022 soll kein Wohnhaus mehr ohne Photovoltaikanlage genehmigt werden, ab Mitte 2023 soll auch keine Dachsanierung an Bestandsgebäuden erfolgen, ohne solch eine Anlage mit zuzukaufen. Neue Nichtwohngebäude sind schon ab 1. Januar 2022 dran.

Daneben sollen Windkraftanlagen Tannen als Markenzeichen des Schwarzwalds ablösen (Programm 1000 Windräder im Staatswald). Aber was macht man mit all dem Strom, der eben oft dann anfällt, wenn ihn keiner braucht? Die Speicherung ist bisher der wunde Punkt der schönen neuen grünen Energiewelt. Dies soll nun durch den Einsatz des leicht flüchtigen im Gemisch mit Luft hoch explosiven Gases Wasserstoff geheilt werden. Alle Risiken werden bis jetzt heruntergespielt.

Als Chemiker kenne ich das leicht flüchtige Gas bisher als farb- und geruchslos. Bei den Grünen ist es zur Unterscheidung der Herkunft jetzt aber grün, blau, türkis oder grau. Wirklich umweltfreundlich ist nur die grüne Variante, die mit Öko-Strom in einer Elektrolyse erzeugt wird. Dieser Wassersoff kann dann mit Hilfe der Brennstoffzellentechnologie wieder in Strom gewandelt und als Antriebskraft für Elektromotoren oder anders genutzt werden. Einige Auto-hersteller haben hier auch schon einsatzfähige Lösungen entwickelt. Zu dumm, dass dies bei den Elektrolysen auf der anderen Seite des Prozesses noch nicht der Fall ist. Hier gibt es zwar eine gewisse anfallende Menge Was-

Fortsetzung auf Seite 6

Fortsetzung von Seite 5

serstoff aus Elektrolyse-Prozessen in der chemischen Industrie, hauptsächlich bei der Herstellung von Chlor. Diese Menge ist aber limitiert. Elektrolysen bei denen auf der anderen Seite Sauerstoff entsteht haben den Nachteil, dass sie bisher mit Lauge oder Säure betrieben werden müssen. Wo kommen diese her und was kostet das?

Weil dies noch niemand weiß, man Industrie und Öffentlichkeit aber die Wasserstoffwirtschaft versprochen hat, braucht man die anderen Wasserstofffarben als sogenannte Übergangsenergieträger. Diese werden aus Zerlegung von Erdgas (blauer und türkiser Wasserstoff) oder aus Erdöl (grau) gewonnen. Das ist alles andere als umweltfreundlich. Da würde man besser gleich Erdgas oder Öl verwenden. Der Strom aus Photovoltaik und Wind kann dabei höchstens als Prozessenergie eingesetzt werden.

Eine Frage ist auch, ob sich die Anlagen wirtschaftlich wirklich so sporadisch betreiben lassen, wie der grüne Strom anfällt.

So wie es aussieht, gehen wir mit der grünen Energiewende noch nicht in die CO_2-freie, sondern in die Erdgaswirtschaft. Das Gute dabei ist, weder Russland, noch Polen noch die Ukraine müssen um die Nutzung ihrer Gas-Pipelines bangen. Im grünen Gaszeitalter werden wir alle Pipelines brauchen.

Dr. Uwe Hellstern ist umwelt- und energiepolitscher Sprecher der AfD-Landtagsfraktion

ALTERNATIVE BÜCHER

Absurdes aus einem Land, das rot dreht

Kein Witz: Knabenchöre für Mädchen und Germanen als „wuchernder Krebs“

BERND GÖGEL, KV ENZKREIS

Pünktlich zur Sommerpause veröffentlichte der Publizist Dr. Thomas Hartung, zugleich Pressesprecher der Landtagsfraktion Baden-Württemberg, seine „Neuesten Beobachtungen eines Konservativen“. Der inzwischen dritte Band trägt den Titel „Ein Land dreht Rot“ und beinhaltet in drei Themengruppen 39 Texte, in denen Hartung die Finger in die Wunden unserer Republik legt: Knabenchöre sollen Mädchen zugänglich gemacht, der Trickfilm „Kleine Germanen“ als „unerkannt wuchernder Krebs“ gelesen oder Wissenschaft als Schachfigur der Politik missbraucht werden. Manche Beiträge sind Überarbeitungen von „Tumult“-Kolumnen oder „zuerst!“-Texten, viele dagegen eigens für den Band geschrieben.

Hartung schreibt ebenso routiniert wie pointiert und muss in fast jedem zweiten Text konstatieren: „Das ist kein Witz“ – wenn etwa Rassismus von Deutschen als abscheulich, Rassismus *an* Deutschen dagegen statthaft erscheint. Bitter bilanziert er „eine Abkehr vieler Menschen von diesem Verfassungsstaat“, die unser Gemeinwesen irreparabel zu spalten droht, ja das er in Gefahr wähnt, untherapierbar zu werden. Erika Steinbach schrieb bereits im Vorwort für seinen ersten Band den Satz: „Wer eine Zusammenschau der Argumente sucht, die die AfD groß, die Sachsen wütend und den Autor zum Homo politicus machten, wird hier fündig.“ Das trifft auch beim dritten Band den Nagel auf den Kopf.

Unser Gemeinwesen wird untherapierbar

Thomas Hartung las bereits in den KV Göppingen und Böblingen und steht nach seinen Worten auch für weitere Veranstaltungen in anderen Kreisen zur Verfügung.

Bernd Gögel MdL ist Fraktionsvorsitzender der AfD im Landtag

Thomas Hartung:
Ein Land dreht Rot.
292 Seiten, 16,99 €.
Dresden/Sargans:
Weltbuch 2021.
ISBN: 978-3-906212-88-3

DIE GUTE NACHRICHT

Kein „Gendern“ in Bundesbehörden

Justiz- und Familienministerin Christine Lambrecht, SPD (!), hat den Ministerien, dem Kanzleramt und den obersten Bundesbehörden empfohlen, auf das Gendersternchen, den Binnen-Doppelpunkt, den Binnen-Bindestrich und das Binnen-“I“ zu verzichten. Sie beruft sich dabei auf den Deutschen Rechtschreibrat, nach dessen Auffassung diese Sonderzeichen „derzeit rechtswidrig“ sind.

Auch wenn Lambrecht sich gegen das generische Maskulinum ausspricht: Dies ist ein erster kleiner Schritt zur Eindämmung der arroganten Sprachmanipulation von oben. Hat die Presse darüber berichtet? Natürlich nicht. Man möchte sich nicht vom Thron der Genderweltmeisterei stoßen lassen.

Übrigens: Etwas mehr demokratischer Respekt vor der großen der Mehrheit der Deutschen hätte es auch gerichtet. Die will vom „Gendern“ nämlich nichts wissen. Was Medien und Politik ihrerseits sehr wohl wissen. *//red*

Quelle: www.br.de, Meldung vom 6.10.2021

IMPRESSUM
Landesvorstand der AfD Baden-Württemberg
Landesgeschäftsstelle:
Marc Tosenberger
Postfach 70 05 46, 70574 Stuttgart
0711 7260540, redaktion@afd-bw.de

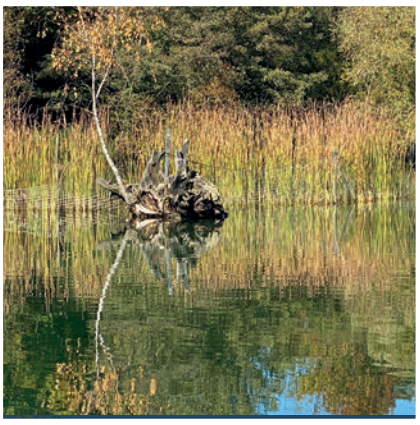
Die Beiträge geben grundsätzlich die Meinung der Autoren wieder.

Unser schönes Baden-Württemberg

Herbststimmung am Anglersee

in Eggenstein-Leopoldshafen
anlässlich des Udo Weiyand Cups

Dr. Rainer Balzer MdL,
bildungspolitischer Sprecher
der AfD-Landtagsfraktion



Fotos: Dr. Rainer Balzer